

Deutsche Wirtschaft 1990/91

Nur mit massiven Staatshilfen kann die Marktwirtschaft in Ostdeutschland Erfolg haben

Günter Pehl, geb. 1923 in Stettin, bis 1988 Chefredakteur der DGB-Funktionärszeitschrift „Die Quelle“, ist seit vielen Jahren wirtschaftspolitischer Mitarbeiter der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“.

Nach mehr als 30 Jahren der Berichterstattung über Lage und Entwicklung der bundesrepublikanischen Wirtschaft in dieser Zeitschrift kann nun erstmals über die Wirtschaftsentwicklung im vereinigten Deutschland Bericht erstattet werden. Dabei nimmt die Erörterung der wichtigsten Probleme, die sich aus der Umgestaltung der Kommandowirtschaft in der ehemaligen DDR in eine Marktwirtschaft ergeben, einen breiteren Raum ein. Zu fragen ist etwa, ob es eine wirkliche Alternative zu der von vielen als überstürzt angesehenen Einführung der D-Mark gegeben hat oder ob die Umstellung auf die Marktwirtschaft tatsächlich in dem rasanten Tempo und plötzlich ungeschützt vor der Weltmarktkonkurrenz erfolgen mußte. Geht die Wirtschaftskrise von im Nachkriegsdeutschland einmaligen Ausmaß, in der sich die neuen Bundesländer gegenwärtig befinden, ausschließlich auf den Bankrott des „real existierenden Sozialismus“ zurück? Wird sie möglicherweise durch die Bonner Wirtschaftspolitik verschärft? Ist die von der konservativen Regierungskoalition beabsichtigte Finanzierung der riesigen Kosten der Einheit vorwiegend durch Kredite und ohne Steuererhöhungen ökonomisch und sozial zu verantworten?

Boom im Westen - schwere Wirtschaftskrise im Osten

Bevor versucht wird, auf diese Fragen Antworten zu geben, zunächst eine Übersicht über die wirtschaftliche Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands während des abgelaufenen Jahres 1990. Das herausragende Merkmal war - und ist weiterhin - die gespaltene Konjunktur in Ost und West: eine sich

noch verstärkende Wirtschaftskrise in dem am 3. Oktober 1990 „beigetretenen“ Gebiet und ein wirtschaftlicher Boom in den „alten“ Bundesländern.

Die gesamtwirtschaftlichen Rechenwerke in den beiden deutschen Staaten waren auch nicht annähernd vergleichbar. Das Statistische Bundesamt bemüht sich darum, diesen Mißstand zu beseitigen. Bis eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für die gesamte Bundesrepublik vorliegt, wird aber noch einige Zeit vergehen. Inzwischen hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) „in einer empirisch gestützten Modellrechnung versucht, ein Gesamtrechnungssystem aufzubauen, das den Verhältnissen in Westdeutschland nahekommt.“¹ Auf der Grundlage dieser Berechnung haben fünf führende deutsche Wirtschaftsinstitute auch für Ostdeutschland die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für 1990 und 1991 geschätzt und in ihrem Herbstgutachten veröffentlicht.² Zunächst soll jedoch die Wirtschaftsentwicklung in West und Ost getrennt dargestellt werden, und zwar nicht nur wegen der Unsicherheiten bei den Schätzungen für die ostdeutsche Wirtschaft. Eine Zusammenrechnung der volkswirtschaftlichen Ergebnisse von Ost und West würde gerade das wichtigste Merkmal der gegenwärtigen Wirtschaftsentwicklung im vereinigten Deutschland verschleiern: die gespaltene Konjunktur, einerseits den Boom im Westen und andererseits den katastrophalen Produktions- und Beschäftigungsrückgang im Osten.³

Im Westen: Nachfrage, Produktion und Beschäftigung weiten sich kräftig aus

Während des ganzen Jahres 1990 war in den „alten“ Bundesländern eine boomartige wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung zu beobachten. Sie beschleunigte sich in der zweiten Jahreshälfte sogar noch etwas. Während das Bruttosozialprodukt (das Ergebnis der gesamtwirtschaftlichen Leistung) im ersten Halbjahr 1990 *real* (das heißt um Preissteigerungen bereinigt) um 3,9 Prozent zunahm, stieg es im dritten Vierteljahr 1990 um 5,5 Prozent an, und für das vierte Quartal 1990 wird ein Zuwachs von etwa 4,5 Prozent erwartet. Für das ganze Jahr 1990 ergibt sich damit ein reales Wirtschaftswachstum von rund 4,5 Prozent. Ein solches Ergebnis wurde während der gesamten achtziger Jahre nicht erreicht; in den siebziger Jahren gab es einige bessere Ergebnisse (zum Beispiel 1976: 5,6 Prozent). Im Jahr 1989 wuchs das reale Bruttosozialprodukt um 3,9 Prozent.

Nachfrage, Produktion und Beschäftigung haben sich im jetzt abgelaufenen Jahr 1990 kräftig ausgeweitet. Die Produktionskapazitäten sind so stark aus-

1 Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) vom 25.10.1990, S. 632

2 Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1990, u. a. im Wochenbericht des DIW vom 25.10.1990. Die Daten über die Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1990 sind diesem Herbstgutachten entnommen sowie folgenden anderen Veröffentlichungen: Jahresgutachten 1990/91 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Bundestagsdrucksache 11/8472, Die wirtschaftliche Entwicklung in Westdeutschland in den Jahren 1990/91 in WSI-Mitteilungen, H. 11/90, S. 690 ff., Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland im 3. Quartal 1990 im DIW-Wochenbericht vom 15.11.1990

3 Dieser Bericht wurde am 15. Dezember 1990 abgeschlossen. Die Wirtschaftsdaten für das 4. Quartal 1990 mußten geschätzt werden.

gelastet wie selten zuvor. Im verarbeitenden Gewerbe sind die Kapazitäten zu 90 Prozent ausgelastet, stellte das If o-Institut für Wirtschaftsforschung Anfang Dezember fest. Die Auftragsbestände hätten bis in die jüngste Zeit zugenommen. Stimmung und Erwartungen waren zum Jahresende bei den Unternehmern größtenteils ausgezeichnet.

Die stärksten Wachstumsimpulse gingen 1990 von den Ausrüstungsinvestitionen und - vor allem in der zweiten Jahreshälfte - von der *Nachfrage aus den neuen Bundesländern* aus. Nach der Einführung der D-Mark in der ehemaligen DDR wurde ein großer Teil des Bedarfs der privaten Haushalte, aber auch der Unternehmen, in Westdeutschland gedeckt. Das DIW schätzt, daß etwa 1,5 Prozentpunkte des Sozialproduktwachstums in der „alten“ Bundesrepublik im dritten Vierteljahr 1990 allein diesen Kaufentscheidungen zuzurechnen ist. Das reale Sozialprodukt wäre also ohne diese Nachfrage aus Ostdeutschland im dritten Vierteljahr statt um 5,5 Prozent nur um 4 Prozent gewachsen.

Rekord bei den Ausrüstungsinvestitionen

Ein Rekordergebnis kann 1990 bei den *Ausrüstungsinvestitionen* verzeichnet werden: In den ersten drei Quartalen investierten die westdeutschen Unternehmen *real* (um die Preissteigerungsrate bereinigt) rund 13 Prozent mehr in Ausrüstungen (Produktionsapparaturen, Maschinen, Geräte, Nutzfahrzeuge und so weiter) als ein Jahr zuvor. Für das ganze Jahr 1990 kann eine reale Zuwachsrate von etwa 12,5 Prozent angenommen werden. Wegen der hohen Kapazitätsauslastung der Unternehmen sind die Investitionsentscheidungen zum großen Teil auf Erweiterungen der Produktionsanlagen ausgerichtet. Zugleich spielt aber auch die Modernisierung der Anlagen in Vorbereitung auf die Einführung des EG-Binnenmarktes Ende 1992 eine wichtige Rolle.

Mit dem Boom im Bereich der Ausrüstungsinvestitionen konnten die *Bauinvestitionen* bei weitem nicht mithalten, obwohl ein enormer Bedarf an Neubauten und Renovierungen, vor allem im Wohnungsbau besteht. Für das ganze Jahr 1990 erwarten sowohl die Forschungsinstitute als auch der Sachverständigenrat eine *reale* Zunahme der Bauinvestitionen um 5,5 Prozent. Etwa im gleichen Umfang ist der gewerbliche Hochbau gewachsen, erheblich schwächer der öffentliche Bau (um rund 1,5 Prozent). Mit real 8 Prozent Zuwachs stieg der Wohnungsbau überdurchschnittlich. Es ist allerdings zu bedenken, daß damit noch längst nicht die Wohnungsbauleistungen erreicht werden, die bis Anfang der achtziger Jahre zu verzeichnen waren. Jetzt rächt es sich, daß sich die konservative Bundesregierung Mitte der achtziger Jahre aus dem sozialen Wohnungsbau völlig zurückgezogen hatte; erst unter dem Druck der riesigen Übersiedler- und Aussiedlerzahlen und der dadurch entstandenen großen Wohnungsnot hat sie diese Politik revidiert. Inzwischen waren jedoch in der Bauwirtschaft die Produktionskapazitäten stark reduziert worden. Die Zahl der Baufirmen und der Beschäftigten ist erheblich zurückgegangen. Heute, bei einem jährlichen Bedarf von rund 400 000 Neubauwohnungen, reicht die Produktionskapazität bei weitem nicht aus. Die Folge sind

starke Preissteigerungen. Im Baugewerbe werden die Preise 1990 um 7 bis 8 Prozent höher sein als im Vorjahr. Die stark gestiegenen Zinsen machen sich natürlich ebenfalls verteuern bemerkbar; sie dürften zu einer Dämpfung der Nachfrage führen und den Mangel an bezahlbaren Wohnungen eher noch vergrößern.

Der Export ist kein Wachstumsmotor mehr

Der Export war in den letzten Jahren der starke Wachstumsmotor. Noch 1989 stieg die *Warenausfuhr* real um rund ein Zehntel an. Die bundesdeutsche Wirtschaft profitierte von der Expansion des Welthandels - 1989 betrug die reale Zuwachsrate 7 Prozent - und insbesondere von der lebhaften Investitionstätigkeit in den Industrieländern. Inzwischen haben sich gerade in diesen Ländern Investitionstätigkeit und Wirtschaftswachstum abgeschwächt, und der Welthandel weitet sich nicht mehr so stark aus. Daraus ergibt sich für die Bundesrepublik, daß die Ausfuhr als Wachstumsmotor ausgefallen ist. In preisbereinigter (realer) Rechnung hat der Warenexport aus der „alten“ Bundesrepublik im dritten Vierteljahr nur noch geringfügig zugenommen. Gleichzeitig stiegen aber die realen Warenimporte um 4,5 Prozent. Etwa die Hälfte dieses Zuwachses ist auf Importe zurückzuführen, die im Zusammenhang mit Käufen ostdeutscher Privathaushalte in Westdeutschland getätigt wurden (zum Beispiel im Elektronikbereich und bei Kraftfahrzeugen).⁴ Für das ganze Jahr 1990 hat das DIW einen realen Zuwachs der Ausfuhr von rund 2 Prozent angenommen, während die reale Einfuhr um etwa 10 Prozent höher war als 1989.⁵

Die in den vergangenen Jahren extrem hohen Überschüsse der Bundesrepublik im Außenhandel und in der außenwirtschaftlichen Leistungsbilanz werden sich rasch erheblich vermindern. Leider sind die Statistiken darüber wenig aussagefähig, da die ehemalige DDR zur Zeit noch als Ausland behandelt wird. Der Sachverständigenrat schätzt, daß sich 1990 der Außenhandelsüberschuß um mehr als 20 Milliarden DM (1989: 134,6 Milliarden DM), der Überschuß in der Leistungsbilanz um rund 30 Milliarden DM (1989: 104 Milliarden DM) verringert hat.⁶

Rund 53,3 Prozent des Bruttosozialprodukts entfallen auf den *privaten Verbrauch*. Im Jahre 1990 war er eine wesentliche Wachstumsstütze. Die reale Zuwachsrate des privaten Verbrauchs war mit 4,5 Prozent ebenso hoch wie die des Sozialprodukts. 1989 war dagegen der private Verbrauch (mit 1,7 Prozent) noch nicht einmal halb so stark gewachsen wie das Sozialprodukt. Daß sich der private Verbrauch 1990 soviel besser entwickelte als 1989, ist hauptsächlich auf eine erheblich stärkere Zunahme der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte - 8 Prozent im Jahre 1990 gegenüber 4,5 Prozent 1989 - zurückzuführen.

4 DIW-Wochenbericht vom IS. 11.1990, S. 647.

5 DIW-Wochenbericht vom 13.12.1990, S. 699/700.

6 Jahresgutachten 1990/91, a. a. O., Textziffer 154.

Skandalöse Benachteiligung der Arbeitnehmereinkommen bleibt bestehen

Die *Brutto- und Gehaltssumme* im Jahre 1990 ist, verglichen mit 1989, um 7,5 Prozent gestiegen. In diesem Anstieg kommen allerdings nicht nur Lohnerhöhungen zum Ausdruck, sondern auch eine Zunahme der Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer um etwa 700 000 Personen. *Je Beschäftigten* stieg die Brutto- und -gehaltssumme 1990 um 5 Prozent. Daß die *Nettolöhne und -gehälter* im Durchschnitt der Beschäftigten 1990 sogar um 8,5 Prozent höher sind als 1989, ist die Folge der Anfang 1990 wirksam gewordenen Steuerentlastungen.

Die Nettogewinne der Selbständigen sind 1990 allerdings eher noch etwas mehr gestiegen als die durchschnittlichen Nettolöhne. Nach den Prognosen *werden die Gewinne auch 1991 den Löhnen voraussehen*, zumal die Löhne dann wieder voll von der Steuerprogression erfaßt werden. Nach Berechnungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes nahmen die *realen* Bruttogewinne von 1982 - dem Jahr der „Wende“ - bis 1990 um 86 Prozent zu, die Brutto- und -gehaltssumme stieg nur um 13 Prozent. Durch die Steuerpolitik der Bundesregierung wurde diese Einkommensentwicklung noch ungerechter und geradezu skandalös. *So explodierten die realen Nettogewinne (von 1982 bis 1990) mit 108 Prozent, während die reale Brutto- und -gehaltssumme nur um 18 Prozent anstieg, je Arbeitnehmer sogar nur um 10 Prozent.*⁷

Die *Verbraucherpreise* waren im ersten Halbjahr 1990 um 2,1 Prozent höher als in der gleichen Vorjahrszeit, in der zweiten Jahreshälfte um rund 3 Prozent. Der verstärkte Preisauftrieb ist hauptsächlich auf die kräftige Erhöhung des Ölpreises zurückzuführen, ansonsten sind die Preise trotz der Hochkonjunktur relativ stabil geblieben. Im ganzen Jahr 1990 ist das Verbraucherpreisniveau um rund 2,5 Prozent höher gewesen als 1989. Infolgedessen ist die (reale) Kaufkraft der Nettoarbeitseinkommen je Arbeitnehmer um etwa 6 Prozent gewachsen. Im Jahre 1989 war das *reale* Nettoeinkommen dagegen um mehr als ein Prozent niedriger als 1988.

Die *Zahl der Arbeitslosen* in Westdeutschland wird 1990 im Jahresdurchschnitt rund 1,9 Millionen betragen. Das sind knapp 150 000 weniger als 1989. Zum ersten Mal seit 1982 wird damit die Zwei-Millionen-Marke wieder unterschritten. Aber diese Arbeitslosigkeit (Arbeitslosenquote 7,2 Prozent) ist in einer Zeit des Booms viel zu hoch, auch wenn man berücksichtigt, daß die Zahl der Erwerbspersonen seit 1982 um 1,6 Millionen zugenommen hat. Immer noch zu hoch ist insbesondere die Zahl der Langzeitarbeitslosen, also derjenigen Personen, die ein Jahr und länger arbeitslos sind. Sie kann mit mindestens einer halben Million angenommen werden.

Das *nominale* (die Preissteigerungen enthaltende) *Bruttosozialprodukt* betrug 1990 in der „alten“ Bundesrepublik 2 440 Milliarden DM. In den neuen Bundesländern wurde nur ein Zehntel dieses Betrages erwirtschaftet: 243,5 Milliarden DM. Das Verhältnis der Erwerbstätigenzahlen war dagegen 10:3.

⁷ Informationen zur Wirtschafts- und Strukturpolitik, Nr. 7/1990, herausgegeben von der Abt. Wirtschafts- und Strukturpolitik im DGB-Bundesvorstand, S. 7.

Auch dieser Zahlenvergleich ist kennzeichnend für den hohen Produktivitätsabstand zwischen West- und Ostdeutschland.

Dramatischer Rückgang von Produktion und Beschäftigung im Osten

Mit dem Inkrafttreten des Staatsvertrages zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und der Einführung der D-Mark am 1. Juli 1990 wurde die Kommandowirtschaft der DDR von heute auf morgen von der Marktwirtschaft abgelöst. Die großenteils marode DDR-Wirtschaft wurde ohne Übergang dem scharfen Wettbewerb mit der westdeutschen Wirtschaft und mit der Weltwirtschaft ausgesetzt, „Daß ein solcher Systemwechsel mit enormen Umstellungsschwierigkeiten verbunden sein würde, war erwartet worden, wenn auch nicht in der Schärfe, mit der sie nun zutage treten“, stellen die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Herbstgutachten fest.⁸ Der Absatz heimischer Produkte ist in Ostdeutschland radikal zurückgegangen, aber nicht als Ergebnis schrumpfender Nachfrage. Die Nachfrage war im Herbst nur wenig niedriger als vor einem Jahr. Die Verbraucher in Ostdeutschland kauften jedoch in großem Umfang Waren aus dem Westen; die DDR-Produkte sind nicht wettbewerbsfähig. Die Nachfrage nach heimischen Produkten sank so radikal, daß einige Bereiche ihre Produktionstätigkeit nahezu vollständig einstellten. Zudem erlitten ostdeutsche Betriebe nach Wegfall der Exportsubventionen erhebliche Absatzeinbußen im Ausland. Die Handelsbeziehungen zu den osteuropäischen Ländern wurden gestört; die allgemein unsichere Lage in Osteuropa, die zunehmende Zahlungsunfähigkeit osteuropäischer Unternehmen, das nachteilige Verrechnungssystem mit dem Transferrubel und seine beabsichtigte Ersetzung durch eine konvertierbare Währung führen zu großen Schwierigkeiten.

Im Ergebnis sind Produktion und Beschäftigung in Ostdeutschland drastisch gesunken. Die Industrieproduktion ging dramatisch zurück: um knapp die Hälfte. Aber auch im Handel, im Verkehrsbereich sowie im Baugewerbe gab es kräftige Einbußen. Viele Betriebe werden zur Zeit noch durch Liquiditätskredite der Treuhandanstalt am Leben erhalten. Die Wirtschaftsforscher schätzen, daß das nominale Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland im zweiten Halbjahr 1990 um mindestens ein Viertel, vielleicht sogar um 30 Prozent niedriger war als ein Jahr zuvor.

2,8 Millionen arbeitslos oder in Kurzarbeit

Das hat zu einem Beschäftigungseinbruch geführt, der seinen Niederschlag mehr noch als in Arbeitslosigkeit in Kurzarbeit gefunden hat. Das DIW schätzt, daß am Jahresende 1990 die Zahl der Arbeitslosen etwa 800 000, die der Kurzarbeiter rund 2 Millionen betragen dürfte. Damit würden etwa ein Viertel der Erwerbstätigen kurzarbeiten. Geschätzt wird, daß die Kurzarbeiter im Durch-

⁸ Herbstgutachten, a. a. O. S. 613. Siehe zur Wirtschaftslage in Ostdeutschland auch DIW-Wochenbericht vom 15. 11. 1990, S. 652 bis 654 sowie „Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den ostdeutschen Ländern“ in WSI-Mitteilungen, H. 11/90, S. 707 ff.

schnitt nur etwa die Hälfte der normalen Arbeitszeit leisten. Es gibt also eine hohe verdeckte Arbeitslosigkeit.

Eine Wirtschaftskrise dieser Art, wenn auch nicht in so starkem Ausmaß, ist Anfang 1990 von vielen Wirtschaftsforschern und Wirtschaftspolitikern für den Fall vorausgesagt worden, daß die D-Mark und zugleich die Marktwirtschaft schlagartig in der DDR eingeführt würden, so wie es dann am 1. Juli geschah. Eine große Mehrheit der Sachverständigen und der Institute im Bereich der Ökonomie, mit der Bundesbank an der Spitze, sprachen sich für eine längerfristige, schrittweise Anpassung der DDR-Wirtschaft an marktwirtschaftliche Bedingungen aus, wobei die Einführung der D-Mark erst ziemlich oder ganz am Ende des Prozesses erfolgen sollte. Sie trugen schwere Bedenken vor, als das Bundeskabinett auf Betreiben des Bundeskanzlers am 7. Februar 1990 beschloß, der DDR-Regierung die baldige Einführung einer Währungsunion anzubieten.⁹ Es ist interessant, heute (Anfang Dezember - gerade erst zehn Monate später) noch einmal zu lesen, mit welchen Argumenten eine schrittweise Anpassung der DDR-Wirtschaft bei gleichzeitigem Währungsuebund begründet wurde. Die DDR-Mark sollte mit einem - im Rahmen einer Bandbreite - festen Wechselkurs an die D-Mark gekoppelt werden, ähnlich dem Europäischen Währungssystem oder der Bindung des österreichischen Schillings an die D-Mark.

Nur die schnelle Einführung der Währungs- und Wirtschaftsunion versprach Erfolg

In dieser Argumentation wurden der tatsächliche Zustand der DDR-Wirtschaft, die politischen und wirtschaftlichen Strukturen in der DDR sowie die außenpolitischen Gegebenheiten falsch eingeschätzt.¹⁰ Nachdem am 9. November 1989 die Grenzmauern brachen, und in den folgenden Tagen und Wochen nahezu die ganze DDR-Bevölkerung für einen Tag oder einige Tage nach Westdeutschland oder nach West-Berlin kamen und hier mit ihrem Besuchergeld West-Waren kauften, gab es keine Zukunft mehr für eine eigenständige DDR. Der Wille des DDR-Volkes nach Wiederherstellung der deutschen Einheit wurde immer stärker. Die DDR-Mark verlor bei den Bürgern weiter an Akzeptanz; die D-Mark wurde zur eigentlichen Währung. Die staatliche Autorität zerfiel; die von der SED geschaffenen Strukturen brachen zusammen. Anstelle der vorher totalen Herrschaft entstand ein Vakuum. Wer konnte ernstlich erwarten, daß bei diesen Gegebenheiten eine DDR-Regierung

⁹ Frühe Forderungen nach einer schnellen Einführung der D-Mark gab es allerdings auch in der SPD: Bereits im Januar 1990 hatten die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Ingrid Matthäus-Maier, und der wirtschaftspolitische Fraktionssprecher, Wolfgang Roth, eine baldige Währungsunion vorgeschlagen. Ebenfalls dafür sprach sich damals der Hamburger Finanzsenator und frühere Präsident des DPvV, Prof. Hans-Jürgen Krupp (SPD) aus. Im späteren Verlauf des Jahres, insbesondere während der Wahlkampfzeit, verzichtete die SPD auf Hinweise auf diese frühzeitigen Plädoyers für eine rasche Einführung der D-Mark.
¹⁰ Ein Beispiel hierfür ist der Brief des Sachverständigenrates vom 9.2.1990 an den Bundeskanzler, abgedruckt im jüngsten Jahresgutachten des Sachverständigenrates, a. a. O., S. 306 ff. Bei der Beurteilung der Plädoyers für eine allmähliche Anpassung ist freilich zu bedenken, daß Anfang des Jahres weit überwiegend angenommen wurde, die Sowjetunion würde die DDR nicht so schnell in ein vereintes Deutschland entlassen, wie es dann tatsächlich geschah.

Reformen hin zur Marktwirtschaft einführen würde oder könnte? Die Regierung Modrow wollte es nicht, und die am 18. März gewählte, erstmals demokratisch legitimierte Regierung de Maiziere wollte, übereinstimmend mit der großen Mehrheit der Bevölkerung, die rasche Einführung der D-Mark und nicht die langsame Anpassung.

Dieser Weg wäre auch deswegen unrealistisch gewesen, weil - guten Willen der Regierung vorausgesetzt - gar kein Management und kein Fachpersonal vorhanden waren, um marktwirtschaftliche Reformen und rechtliche Rahmenbedingungen wirksam einführen zu können. Wer hätte denn die Unternehmen privatisieren und wettbewerbsfähig machen können? Welche stärkeren Anreize als jetzt hätten denn westliche Privatanleger gehabt, in der DDR zu investieren? Und hätte nicht ein Wechselkurs von vielleicht 1:4—das heißt bei einem DDR-Durchschnittslohn von umgerechnet etwa 350 DM - einen riesigen Strom von Fachkräften, die in der DDR dringend benötigt werden, nach Westdeutschland zur Folge gehabt? Schließlich: Erforderte nicht der offensichtliche Zerfall der Sowjetunion, der Bankrott des gesamten politischen und wirtschaftlichen Systems des „real existierenden Sozialismus“ in Osteuropa ein rasches politisches Handeln in Richtung eines vereinigten Deutschlands? Hätte der „langsamere“ Weg nicht auch viele Milliarden DM gekostet, ohne daß die Bundesregierung unmittelbaren Einfluß auf eine wirksame Verwendung der Finanzmittel gehabt hätte? Die Fragen ließen sich noch vermehren. Jedenfalls drängt sich der Schluß auf, daß es zur raschen Einführung der D-Mark und dem daraus logisch folgenden schnellen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik keine realistische Alternative gab.

Der Bankrott des „real existierenden Sozialismus“ ist die Ursache der Krise

Indessen ist nicht der schlagartige Systemwechsel die Ursache für die derzeitige schlimme Wirtschaftskrise, sondern der Bankrott des „real existierenden Sozialismus“ in ganz Ost- und Südosteuropa. Die Krise macht deutlich, wie sehr die kommunistischen Machthaber Wirtschaft und Gesellschaft in ihrem europäischen Machtbereich ruiniert haben: die Produktionsanlagen größtenteils veraltet und in schlechtem Zustand, eine völlig vernachlässigte mangelhafte Infrastruktur, jahrzehntelanger Raubbau an der Umwelt, eine verfallende Bausubstanz, ein riesiger Produktivitätsabstand zur „alten“ Bundesrepublik, völlig ungenügende Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten, ein im Vergleich zum Westen miserables Warenangebot, ständige Versorgungsengpässe, ein absurdes Preissystem, wo bei einer Vielzahl von Waren die Verkaufspreise weit unter den Einkaufspreisen lagen, sowie ein leistungshemmendes Lohn- und Gehaltssystem. Diese Mißwirtschaft ist zusammengebrochen - und die schädlichen Folgen hat jetzt die Bevölkerung in Ostdeutschland zu tragen.

Aber sie trägt sie nicht alleine: Sie wird massiv von der wirtschaftsstarken „alten“ Bundesrepublik unterstützt, deren Bürger einen Teil der Last mittragen. Die Bürger in den neuen Bundesländern können die Gewißheit haben,

nach einer krisenhaften Übergangszeit in wenigen Jahren voll am Volkswohlstand in einem Staat teilzuhaben, der zu den reichen Staaten der Welt gehört. Dies ist der wesentliche Unterschied in der Lebenslage zu den ost- und südosteuropäischen Staaten, die sich mit eigener Kraft aus dem Sumpf ziehen müssen.

Die D-Mark allein schafft es nicht

Wenn es auch keinen Zweifel daran geben kann, daß die jahrzehntelange Mißwirtschaft der kommunistischen Machthaber und der Zusammenbruch ihres Systems die Ursache der derzeitigen Wirtschaftskrise im Osten ist, so ist es aber auch wahr, daß gravierende Fehler der westdeutschen Wirtschaftspolitik die Krise unnötig verschärft haben. Die Fehler wurden infolge der naiven Vorstellung des Bundeskanzlers, seines Wirtschaftsministers und der meisten konservativen Politiker begangen, daß die Einführung der D-Mark und der Marktwirtschaft - begleitet von der westdeutschen Sozialgesetzgebung - im wesentlichen ausreichen würden, um in Ostdeutschland den Anstoß für ein „Wirtschaftswunder“ wie in den fünfziger Jahren in Westdeutschland zu geben. Der Bundeskanzler sagte am 6. April 1990 wörtlich: „Wie in der Bundesrepublik nach dem zweiten Weltkrieg kann auch in der DDR die soziale Marktwirtschaft aus dem Nichts funktionieren, wenn die Weichen richtig gestellt werden.“ Die Konservativen haben ein blindes Vertrauen in die Selbstregulierungskräfte des Marktes; die Marktwirtschaft bringt nach ihrer Meinung an sich bereits Wohlstand für alle. Staatliche Eingriffe in den Wirtschaftsablauf werden abgelehnt und als „kollektivistisch“ denunziert.

Inzwischen mußten die Konservativen eine Erfahrung machen, von der sie eigentlich hätten wissen müssen: daß der Markt zur Stärke tendiert - und der wirtschaftlich Starke ist die „alte“ Bundesrepublik. Die verantwortlichen konservativen Politiker in Bonn haben wohl inzwischen begriffen, daß der - noch dazu schlagartige - Übergang von einer seit 40 Jahren bestehenden Kommandowirtschaft in eine mit dem Weltmarkt unmittelbar verbundene Marktwirtschaft eine ungeheure politische Gestaltungsaufgabe ist. Dieser in der Geschichte bisher einmalige Umwandlungsprozeß erfordert eigentlich die gemeinsame Anstrengung aller bedeutenden politischen und wirtschaftlichen Kräfte. Durch das untätige „Warten auf den Markt“ wurde indessen kostbare Zeit vertan. *Aktive Wirtschaftspolitik ist das Gebot der Stunde.* Die ostdeutsche Wirtschaft muß zunächst durch staatliche Politik für den internationalen Wettbewerb fit gemacht werden; erst dann kann sich die Marktwirtschaft zum Nutzen der ganzen Bevölkerung auswirken.

Im übrigen führt der Vergleich mit der westdeutschen Währungsreform von 1948 in die Irre. Die damalige Situation in Westdeutschland war grundverschieden von der in der DDR im Sommer 1990. Die wirtschaftspolitische Aufgabe der Systemumstellung ist jedenfalls unvergleichlich schwieriger und bedarf schon deshalb einer entschiedenen politischen Steuerung. Zudem: Auch Anfang der fünfziger Jahre - zu Zeiten Ludwig Erhards - war es so, daß

die Einführung der Marktwirtschaft und der wirtschaftliche Wiederaufbau durch massive staatliche Eingriffe unterstützt wurden, vor allem in Form von Steuervergünstigungen, Investitionszulagen und anderen Finanzhilfen.¹¹

Investitionsförderung - aber keine allgemeine Steuersenkung

Sehr nützlich waren damals Sonderabschreibungen und gezielte Investitionszulagen. Sie bewirkten einen hohen Anstieg der Investitionen in den begünstigten Wirtschaftsbereichen innerhalb weniger Jahre. Diese Instrumente werden auch jetzt in Ostdeutschland eingesetzt; sie sollten verstärkt angewendet werden. Überlegenswert ist eine ähnliche Regelung wie die bisherige Berlinförderung; die Regierung ist gehalten, die Finanzmittel für bestimmte förderungswürdige Investitionen zu verwenden. Eine allgemeine Senkung der Unternehmenssteuern in Ostdeutschland, wie sie die FDP unter dem Stichwort „Niedrigsteuerland“ fordert, ist jedoch abzulehnen. Dies wäre eine Steuersubvention nach dem Gießkannenprinzip, die im Hinblick auf die riesigen Kosten der Einheit nicht verantwortet werden kann.

Damit ist ein Thema angesprochen, daß im Bundestagswahlkampf eine große Rolle gespielt hat - und das dann doch nicht wahlentscheidend wurde. Die Bundesregierung hatte zunächst behauptet, die Einheit würde nur geringe Kosten verursachen. Später ließ sie die Bürger wissen, daß zwar doch höhere Kosten entstehen würden, diese aber durch Kredite gedeckt werden könnten. Das war eine Wählertäuschung. Tatsächlich wird der Einigungsprozeß zu riesigen finanziellen Belastungen führen, und es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß Kreditaufnahmen allein zur Finanzierung nicht ausreichen werden.

Planvolle Wirtschaftspolitik ist nötig

Wegen der Verpflichtung des Staates zur Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik sind in den nächsten Jahren starke Finanzhilfen für die neuen Bundesländer und damit außerordentlich hohe Belastungen der öffentlichen Haushalte unabweisbar. Aber die Grenzen der finanziellen und wirtschaftlichen Belastbarkeit der Bundesrepublik dürfen nicht überschritten, die Bereitschaft der Bevölkerung in den „alten“ Bundesländern, die Lasten mit zu tragen, nicht überstrapaziert werden - schließlich gibt es auch hier Massenarbeitslosigkeit, Wohnungsnot und eine seit der „Wende“ von 1982 enorm gewachsene „neue Armut“. Um so notwendiger sind eine planvolle Wirtschaftspolitik, das Setzen von Prioritäten sowie Gerechtigkeit bei der Belastung der Bürger durch Erhöhungen von Steuern und Abgaben, aber auch bei der Einsparung öffentlicher Mittel.

Zu einer planvollen Wirtschaftspolitik gehören insbesondere: - Die zügige Privatisierung und gegebenenfalls Sanierung der Staatsbetriebe durch die Treuhandanstalt.

¹¹ Siehe u. a. Günter Pehl, Steuerpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1962 - J. Muscheid, Die Steuerpolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1949 -1982, Berlin 1986.

- Die Beseitigung des immer noch größten Investitionshemmnisses: der Unsicherheit über die Eigentumsverhältnisse. Arbeitsplatzschaffende Investitionen müssen vor der Klärung der Eigentumsverhältnisse Vorrang haben. Die Gemeinden müssen in die Lage versetzt werden, Investoren attraktive Gewerbenutzungsflächen anbieten zu können. Die Interessenten der Eigentümer können später durch Grundstücktausch oder Entschädigung befriedigt werden.¹²
- Die zügige Beseitigung des Investitionshemmnisses Nr. 2, nämlich der miserablen Infrastruktur. Sie muß zügig modernisiert werden, insbesondere die Telekommunikation.
- Eine gut funktionierende, qualifizierte Verwaltung, insbesondere in den Gemeinden.
- Die Anwerbung von Führungspersonal für Wirtschaft und Verwaltung in Westdeutschland für eine befristete Tätigkeit in Ostdeutschland.
- Die Qualifizierung von Fachpersonal in Wirtschaft und Verwaltung, insbesondere im juristischen und betriebswirtschaftlichen Bereich.
- Eine ausreichende Finanzausstattung der Gemeinden, die die Hauptträger der öffentlichen Investitionen sind.
- Eine umfassende Wohnungsbau- und Wohnungssanierungspolitik.
- Gründung von Beschäftigungsgesellschaften, Umschulungs- und ABM-Maßnahmen, Klärung der Frage der Altschulden sowie der Umweltbelastung sind weitere Themen von größter Dringlichkeit.

Vieles ist bereits auf den richtigen Weg gebracht worden. Aber man hat doch den Eindruck, daß manches zügiger angepackt, anderes besser koordiniert werden könnte, daß ein Gesamtkonzept der öffentlichen Hände von Vorteil wäre. Eine ineffektive Verwendung der knappen Finanzmittel oder gar eine Verschwendung kann sich die Bundesrepublik jedenfalls nicht leisten.

Prognosen für 1991

Aber selbst wenn dies alles entschlossen, sinnvoll und zügig vorangebracht wird, wird in Ostdeutschland der Weg aus der Talsohle doch nur langsam durchschritten werden können. Ob die Talsohle bereits im Frühjahr oder Sommer 1991 überhaupt erreicht sein wird, wird unterschiedlich vorausgeschätzt. Mehr scheint meines Erachtens für den Herbst als dem frühesten Zeitraum zu sprechen, von dem an es langsam wieder aufwärts gehen kann.

Die Wirtschaftsinstitute nehmen in ihrem Herbstgutachten an, daß das reale Bruttosozialprodukt Ostdeutschlands im Jahresdurchschnitt 1991 nochmals um ungefähr ein Zehntel geringer sein wird als 1990. Allerdings rechnen sie ebenso wie der Sachverständigenrat damit, daß sich die Investitionstätig-

¹² In diesem Zusammenhang drängt sich die Frage auf, ob und inwieweit die Eigentumsgarantie nach Art. 14 GG für Vorgänge gelten kann, die in einem Gebiet mit anerkannt eigener Staatlichkeit außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes geschahen. Siehe hierzu eine interessante Übersicht im Handelsblatt vom 2.11.1990 über die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu innerstaatlichen Eingriffen, die von früheren Rechtsträgern der deutschen Staatsgewalt zu verantworten seien.

keit im Laufe des Jahres deutlich beleben wird. Einen kräftigen Zuwachs erwarten sie bei der Bautätigkeit. Dagegen wird die private Verbrauchernachfrage eher rückläufig sein. Das hängt damit zusammen, daß sich die erwartete wirtschaftliche Trendwende auf dem Arbeitsmarkt erst im Herbst 1991 oder wahrscheinlicher - 1992 positiv auswirken wird. Im Jahresdurchschnitt rechnen die Institute mit einer Abnahme der Beschäftigungszahl gegenüber 1990 um fast zwei Millionen auf nur noch 6,5 Millionen. Die Arbeitslosenzahl wird voraussichtlich auf 1,4 Millionen steigen, die Zahl der Kurzarbeiter auf 1,7 Millionen. Es wird mindestens 300 000 Pendler von Ost nach West geben (1990: 70 000).

Auch 1991 wird die Wirtschaftsentwicklung in Westdeutschland genau entgegengesetzt verlaufen. Das Wachstumstempo wird sich zwar abschwächen, aber immer noch hoch sein, höher als in fast allen anderen vergleichbaren Industriestaaten. Das *reale Bruttoinlandprodukt* wird nach der Vorausschätzung des Sachverständigenrates um etwa 3,5 Prozent steigen. Die Ausrüstungsinvestitionen nehmen weiterhin am stärksten zu, während sich der private Verbrauch abschwächt; er wächst nur im Gleichschritt mit dem Sozialprodukt, obwohl die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer um nochmals etwa 500 000 zunehmen wird. Aber die Nettolohn- und -gehaltssumme wird nur noch um etwa 5 Prozent steigen. Bei einem erwarteten Anstieg der Verbraucherpreise von mindestens 3,5 Prozent bleibt real nur noch ein Zuwachs um 1,5 Prozent übrig. Die Kaufkraft des *Nettolohns je Beschäftigten* wird sich 1991 gegenüber 1992 kaum erhöhen.

Der Schwachpunkt in der wirtschaftlichen Konstellation des Jahres 1991 dürfte das *Ausfuhrgeschäft* sein. Die Auslandsnachfrage hat sich drastisch verringert, die Konjunktur in den meisten Handelspartnerländern läßt nach, und der Welthandel schwächt sich ab. Von der Weltwirtschaft gehen auch die Risiken im neuen Jahr aus: Golfkrise, damit zusammenhängend die Entwicklung der Ölpreise, sowie die Rezessionsgefahr in den USA. Nicht voraussehbar sind schließlich die Folgen, die sich für Europa aus der chaotischen Entwicklung in der Sowjetunion mit der Gefahr von Bürgerkrieg und Diktatur ergeben können.